

Sebastian Panwitz: Die Gesellschaft der Freunde 1792-1935. Berliner Juden zwischen Aufklärung und Hochfinanz.

Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag, 2007 (HAS-KALA Wiss. Abhandlungen Bd. 34), 335 S.

Die nun vorliegende Studie wurde 2005 von der Universität Potsdam als Dissertation angenommen und zwischenzeitlich von der Friedrich Naumann Stiftung durch ein Ignatz-Bubis-Stipendium gefördert.

Sebastian Panwitz hat sich mit wissenschaftlicher Akribie und Ausdauer einem bisher unerforschten Thema gewidmet, obwohl die Quellenlage dazu teilweise problematisch und lückenhaft ist. Die Geschichte dieser Gesellschaft beinhaltet zeitweise gesellschaftspolitisch Brisantes – ja, Bewegendes, dennoch schreibt Panwitz sachlich und sprachlich wohl abgewogen darüber, versagt sich Anschuldigungen und Spekulationen.

Schon seine Gliederung überzeugt durch ihre durchdachte Systematik: Im Einführungskapitel schildert er den Forschungsstand, seine daraus resultierenden Fragestellungen, die teilweise dürfte Quellenlage und erläutert wesentliche jüdische Begriffe für die Aufklärungsperiode.

Im zweiten Kapitel stellt er die damaligen Aufklärungsorganisationen vor: jüdische, Logen und nichtjüdische als geistige Vorläufer dieser neuen Gesellschaft der Freunde. Er beschreibt ihre Gründungsmitglieder – Junggesellen mit vielfachen geistigen Interessen, die jedoch in der jüdischen Gemeinde einen minderen Status besaßen – sowie deren erste Aufklärungs- bzw. Reformprojekte, die sich noch ganz auf das jüdische Leben konzentrierten.

Dennoch ging von diesen frühen Ideen und Erfahrungen eine Initialzündung für das moderne jüdische Vereinsleben aus, wie im dritten Kapitel über kulturelle Zentren des Berliner Judentums zwischen 1819 und 1870 anschaulich nachgezeichnet werden kann.

Diese Gesellschaft der Freunde entwickelte sich zu einem Freundes-Netzwerk der Berliner Wirtschaftselite und folglich wählte Panwitz für sein viertes Kapitel die Überschrift »Inoffizielles Wirtschaftszentrum«, in dem er Aufschlussreiches zur Struktur der Arbeitsplätze und zur Topographie der Wohnorte und Landgüter für das Jahr 1912 zusammengestellt hat.

Jedoch bald darauf hatte diese renommierte Gesellschaft ihren Zenit überschritten, die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges – insbesondere die Inflationsverluste – trafen sie hart, ebenso die spätere

Weltwirtschaftskrise. 1933 erfolgten sofort politische Überwachungen, Verbote und Auflösungen, die im fünften Kapitel als »Schwächung, Verbot, Restitution« geschildert werden. Dieses Kapitel umfasst die Ära des Nationalsozialismus mit dem zwangsläufigen Ende des jüdischen Vereinswesens und die Nachkriegsjahre, die von erfolglosen Restitutionsversuchen überschattet sind.

In einer Zusammenfassung auf acht Seiten versucht Panwitz abschließend die Geschichte dieser eher exklusiven Gesellschaft in die deutsche Geschichte einzuordnen und auf Parallelen zur allgemein jüdisch-deutschen Geschichte hinzuweisen, obwohl Berlin und sein damaliges Judentum sicher in mancher Hinsicht »besonders« geprägt waren.

Es folgt ein umfangreicher wissenschaftlicher Anhang, der in Kapitel sieben vieles bietet:

Chronik der Gesellschaft der Freunde; Mitgliederliste des Kulturverein von 1846; Vorstand der Deutschen Bank Anfang 1929; Informationstext für Neumitglieder von 1929; Parteizugehörigkeit von Vereinsmitgliedern für die Jahre 1918-1933; Vermögen der Gesellschaft zum Zeitpunkt des Vereinsverbotes.

Natürlich gibt es auch ein Abkürzungs- und Siglenverzeichnis sowie ein Abbildungsverzeichnis.

Das Quellen- und Literaturverzeichnis im zehnten Kapitel ist für jede wissenschaftliche Nutzung optimal gegliedert in Unedierte Quellen; Drucksachen der Gesellschaft der Freunde; Drucksachen anderer Vereine; Memoiren von Mitgliedern der Gesellschaft der Freunde; Biographische Nachschlagewerke; Periodika; Sonstige edierte Quellen und Forschungsliteratur.

Auch Kapitel elf enthält eine Fundgrube, denn ein Auszug des Mitgliederverzeichnisses der Gesellschaft der Freunde füllt die Seiten 294 bis 319; d.h. aus einer Datenbank von über 2300 Vereinsmitgliedern wurden gut 650 ausgewählt, die entweder im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Leben Berlins oder Deutschlands oder für die Geschichte der Gesellschaft von Bedeutung waren.

Abschließend folgen drei Register für Personen, Organisationen, Firmen und Wirtschaftsverbände sowie fünf überwiegend kartographische Farbtafeln.

Der Verfasser hat sich entschlossen, nur Personen, die entweder einer jüdischen Gemeinde angehören oder ausgetreten sind, ohne sich taufen zu lassen als Juden zu bezeichnen; d.h. die Abstammung z.B. über die Familie der Mutter unberücksichtigt zu lassen. (S.19) Daraus ergibt sich allerdings ein Definitionsproblem im Hinblick auf die Gesellschaft der Freunde, die angesichts des Emanzipationsediktes von 1812 und zahlreicher Konversionen beschloss, Religion künftig als Privatangelegenheit zu betrachten. (S. 51)

Auch die später vom Verfasser neu eingeführte »Zwischengruppe«, die getaufte Juden umfasst, die zwischen (!) der deutschen Gesellschaft und der Synagoge lebten, wirft Fragen auf. Insbesondere, weil er sogar die These aufstellt, dass die Gesellschaft der Freunde die (!) Organisation dieser »Zwischengruppe« gewesen sei. (S. 185f, S. 189) Das bedeutet, weil es in der Gesellschaft später kaum noch Juden nach seiner Definition gegeben hat, dass es sich auch nicht mehr um einen jüdischen Verein handeln kann. Zum Glück bleiben derartige Gedankenspiele ein Randthema in dieser Studie und schmäler nicht ihre Qualität.

»Im Winter 1791 trafen sich fünf Männer und diskutierten die schwierige Situation, der sie sich als aufgeklärte Junggesellen gegenübergestellt sahen. In diesem Kreis wurde die Idee zur Gründung der Gesellschaft der Freunde geboren. Diese Männer waren Joseph Mendelssohn, Isaac Euchel, Aaron Wolffsohn, Aron Neo und Nathan Oppenheimer.« (S. 56)

Zwischen Januar und August 1792 traten 118 Junggesellen der Gesellschaft bei, davon stammten 92 aus Berlin, 16 aus Königsberg und vier aus der Mark Brandenburg; dazu kamen wenige Auswärtige aus Wien, Breslau, Hamburg und Frankfurt am Main. (S. 58)

Diese Junggesellen waren sowohl wegen ihres minderen familiären Status als auch wegen ihrer Aufklärungs- und Reformideen in eine Außenseiterrolle geraten, die auch ökonomische Nachteile bei der üblichen jüdischen Wohltätigkeit zur Folge hatte. Deshalb handelte es sich bei dieser neuen Gesellschaft um eine »materiell notwendige Selbsthilfemaßnahme« für aufgeklärte Gesinnungsfreunde. (S. 35)

Auf dem Hintergrund dieser Epoche des politischen Wandels – ja, der Umbrüche – fanden auch innerhalb der jüdischen Gemeinden Auseinandersetzungen zwischen orthodox Gläubigen und Reformkräften statt. Deshalb blieb die Beziehung zu der Gesellschaft der Freunde ambivalent und so konnte z.B. die Siegesfeier 1814 nicht in einer Synagoge stattfinden. Auch die Gesellschaft selber erlebte eine starke Fluktuation, nahm ab 1807 verheiratete Mitglieder auf und wirkte belebend auf die Kultur des Salons. Denn während männliche Familienmitglieder bei ihr geistigen Austausch und Geselligkeit pflegten, gründeten einzelne Frauen aus diesen Familien eigene Salons.

Bereits 1812 begann die Gesellschaft die berufliche Umorientierung im Judentum zu fördern und warb für Ausbildungen in Handwerksberufen und in der Landwirtschaft. Dazu entstand bald ein eigener Verein, ein erstes Beispiel für eine »Ausgründung«, der bald noch weitere folgen sollten. (S.75f) Dadurch entstand ein Prototyp für nachfolgende Vereinsgründungen im 19. Jahrhundert.

1815 gründete die Gesellschaft der Freunde zusätzlich einen »Geselligen Verein« und erwarb 1820 ein großes Anwesen in der Neuen Friedrichstrasse 35; so entstand ein zentral gelegenes Begegnungszentrum mit vielfältigen Nut-

zungsmöglichkeiten. Beim hier veranstalteten eigenen Krönungsfest 1840 wurde deutlich, welch hohes Ansehen die Gesellschaft der Freunde inzwischen bei der preußischen Bürokratie genoss. Allerdings ging diese Entwicklung, bei der die Devise »Religion als Privatsache« demonstrativ vorgelebt wurde, einher mit einem ambivalenten bis distanzierten Verhältnis zum »Judentum« und den damit verbundenen gesellschaftspolitischen Problemen. Folglich sammelte man Spenden für den Kölner Dom als Beitrag zum deutschen Nationalsymbol, lehnte aber die Idee der »jüdischen Nation« als Tradition inzwischen ab. Natürlich versuchte man stets – auch während der revolutionären Aufbrüche – sich aus der Politik herauszuhalten, um keine Angriffsflächen zu bieten.

Nach der Reichsgründung expandierte das moderne jüdische Vereinswesen und es entstanden überregionale Großvereine, sowohl in Preußen als auch reichsweit. Gleichzeitig trat neben das traditionelle Engagement der Großfamilien die Tatkraft des universellen Multifunktionärs. Parallel dazu wurde es um die Berliner Gesellschaft der Freunde öffentlich recht still; zum Teil vielleicht, weil sie das Anwesen in der Friedrichstraße aus verkehrspolitischen Gründen aufgeben musste – zum Teil vielleicht, weil der Gesellige Verein abgetrennt wurde und in der Potsdamer Str. 9 ein prächtiges Domizil bezog. Jedenfalls fand die Hundert-Jahr-Feier der Gesellschaft im Hotel Kaiserhof statt und die Gäste waren weniger prominent als bei der Fünfzig-Jahr-Feier 1842. Aber die Mitglieder gehörten inzwischen zur Wirtschaftselite Berlins und Preußens.

Danach verschwanden die Aktivitäten der Gesellschaft wieder aus der Öffentlichkeit und auch die Quellenlage zu diesem Zeitraum ist besonders dürftig. Erst 1913 bezog die Gesellschaft erneut eigene Räume in einem neu gebauten Haus Potsdamer Straße 122a/b und für 1912 ist erstmals ein Mitgliederverzeichnis überliefert, das eine Analyse der Mitgliederstruktur ermöglicht. Sichtbar wird ein Netzwerk der Etablierten und Wohlhabenden, ja Reichen – ein Drittel waren inzwischen Millionäre.

Aber die Folgen der Inflation nötigten selbst die Gesellschaft der Freunde 1921/22 zur Aufgabe ihrer eigenen Räume, sie stellten ihre berühmte Portraitsammlung bei der Nationalgalerie unter und zogen sich erneut aus der Öffentlichkeit zurück. Ab 1929 fand jedoch eine breite Werbeaktion für neue Mitglieder statt und zwar gezielt in der Bankenbranche, die eine neue Ausrichtung der Gesellschaft deutlich werden ließ, nämlich reine Wohltätigkeit als Aufgabe. Die nun folgende Beitrittswelle zwischen 1929 und 1931 verschob die Berufsstruktur, die Zahl der Großbankiers stieg erheblich im Vergleich zu den bisherigen Privatbankiers und die meisten neuen Mitglieder hatten keinen familiären jüdischen Hintergrund mehr.

Trotz dieser demonstrativ neuen Ausrichtung und einer nachprüfbar großzügigen Wohltätigkeit erlitt die Gesellschaft der Freunde während des Dritten

Reiches das gleiche Schicksal wie alle anderen Vereine: »Führerprinzip« und »Arierparagraph« wurden angewandt, die meisten »Arier« zogen sich bald zurück und als »jüdisch« definierte Mitglieder versuchten mit Hilfe ihres Netzwerkes zu emigrieren. Vermögen, Archiv und Bildersammlung der Gesellschaft wurden von einer nationalsozialistisch gesteuerten Bürokratie »verwertet«.

»...in den 1950er Jahren wirkte sich für die ehemalige Gesellschaft der Freunde – wie für die meisten Berliner jüdischen Vereine – die ablehnende Haltung internationaler jüdischer Organisationen gegenüber dem Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland verhängnisvoll aus. Jüdische Interessenvertretungen aus den USA, aus Großbritannien und aus Israel setzten gegenüber den westalliierten Siegermächten ihre Vorstellungen bei den zu erlassenen Rückübertragungsgesetzen durch. Demnach fielen Vermögensgegenstände nicht an wiedergegründete jüdische Vereine und Gemeinden, sondern an die neugeschaffenen sogen. Nachfolgeorganisationen, Großunternehmen, die den größten Teil des Geldes für die Unterstützung jüdischer Personen und Institutionen im Ausland verwendeten. ...Innerhalb Deutschlands jedoch hatte diese Entscheidung die verheerende Folge, dass zwar jedem »nichtjüdischen« Verein seine von den Nationalsozialisten entzogenen Vermögenswerte rück erstattet, sie den »jüdischen« Vereinen jedoch verweigert wurden. Das kam einer zweiten Enteignung gleich, mit der deutlich gemacht wurde, dass die großen, weltweit agierenden jüdischen Organisationen zu jener Zeit einem deutschen Judentum jegliche Legitimation und Existenzberechtigung absprachen. Für die Gesellschaft bedeutete dies ihr endgültiges Ende.« (S. 251)

Hamburg

Beate-Carola Padberg

Heinz Stübig: Nationalerziehung. Pädagogische Antworten auf die »deutsche Frage« im 19. Jahrhundert

Schwalbach/Ts: Wochenschau, 350 S., 11 Abb.

Stübig untersucht sein Thema anhand von elf Beispielen vom Ende des 18. bis zum Beginn des 20. Jh. Zehn davon stammen von deutschen Autoren. Ergänzt werden die dabei geäußerten Ansichten durch einen offiziellen Bericht eines Engländer (Sadler) aus dem Jahre 1902 über das deutsche, vornehmlich das preußische Sekundarbildungssystem im Vergleich mit dem englischen; dieser bietet die Sicht von außen auf das System mit seinen Stärken (Bevorzugung kognitiver Fähigkeiten und damit eine bessere Vorbereitung auf den späteren Beruf) und seinen Schwächen (Vernachlässigung der Charakterbildung und Zentralisierung des Schulsystems).

Den untersuchten deutschen Autoren ging es zunächst darum darzulegen, was sie unter der nationalen Identität der Deutschen verstanden. Gleichzeitig versuchten sie zu definieren, wie die zukünftige politische Ordnung auszusehen habe und welche Aufgaben dabei den Schulen zukommen sollten. Um die deutsche Identität zu klären, wurden dem deutschen Volk positive Eigenschaften zugewiesen, die sich aus bekannten oder vermeintlichen Taten der Vorfahren ergaben. Verbunden mit der Ablehnung gegenteiliger und negativer Merkmale entstand so eine Abgrenzung gegenüber anderen Völkern, vor allem den romanischen. Diese Entwicklung setzte zur Zeit der Revolution von 1789 und den napoleonischen Kriegen ein und war eine unmittelbare Reaktion auf die Ereignisse. Dadurch wird auch deutlich, daß ohne die Vorgänge in Frankreich und deren Ausstrahlung auf das Alte Reich solche Fragen vielleicht erst wesentlich später und unter anderen Vorzeichen gestellt worden wären.

Denn noch Ende des 18. Jh. ging es bei den Nationalerziehungsplänen, falls überhaupt solche entwickelt wurden, primär um das Bildungsniveaus der Bevölkerung und dessen Hebung (Rochow). Dabei stand vor allem die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten für die unteren Schichten im Vordergrund, die diese für ihre spätere Eingliederung in das Berufsleben gebrauchen konnten. Die Vermittlung spätaufklärerischer Werte und Moralvorstellungen spielte dabei eine wichtige Rolle. Diese Entwicklung wurde jäh gestoppt, als die Deutschen nach 1789 versuchen mußten, sich selbst zu definieren, was bis dahin nicht notwendig gewesen war. Vor allem hätten sich die meisten Einwohner der größeren Staaten des Alten Reichs ohne die äußeren